

Kinder / Jugend / Familie / Bürgerbeteiligung

Rat ö 20.10.2009

Jugendbeteiligung (SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 12 a)

Beratungsverlauf:

Herr Sommer signalisiert Ablehnung der SPD-Fraktion zu dem schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Frau Westermann unterbreitet den folgenden Änderungsantrag namens der CDU-Fraktion.

An den ersten Absatz wird der folgende Satz angefügt: „Eine mögliche Umsetzung muss kostenneutral erfolgen.“ Zur Begründung legt sie dar, dass die CDU-Fraktion in Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage die kostenneutrale Umsetzung für unabdingbar halte. Herr Hasskamp merkt zu der noch nicht genehmigten Niederschrift des Jugendhilfeausschusses zu diesem Punkt an, dass auf Nachfrage Frau Stadträtin Rzyski erläutert habe, dass für die personelle und fachliche Begleitung eines Jugendparlamentes voraussichtlich mindestens eine halbe Stelle erforderlich sei. Nach seinen persönlichen Aufzeichnungen in der Sitzung habe Frau Rzyski allerdings ausgeführt, dass für die beiden Projekte „Jugendbeteiligung“ und „Kinderinteressenvertretung“ mindestens eine $\frac{3}{4}$ -Stelle erforderlich sei. Eine Umsetzung werde daher für nicht möglich gehalten. Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion den Beschlussvorschlag – wie auch im Jugendhilfeausschuss – ablehnen. Er verweist auf die gerade beschlossene Nachtragshaushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept und die Tatsache, dass es nicht möglich sei, weitere freiwillige Leistungen zu übernehmen, ohne dass hierfür ein entsprechender Finanzierungsvorschlag vorliege. Er verweist auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 12 g „Kinderinteressenvertretung“, die den Kern des abweichenden Beschlusses des Jugendhilfeausschusses nicht wesentlich verändere. Herr Hus legt dar, dass es bei dem Prüfauftrag zur Jugendbeteiligung an die Verwaltung nicht um die Einrichtung eines Jugendparlamentes gehe, sondern vielmehr ein offener Prüfauftrag an die Verwaltung darüber erteilt werde, in welcher Form eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Strukturen und Entscheidungen möglich sei. Zunächst führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:

An Absatz 1 des Ursprungsantrages wird der folgende Satz angefügt:

„Eine mögliche Umsetzung muss kostenneutral erfolgen.“ Der weitere Text bleibt unverändert.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Strukturen und Entscheidungen zu entwickeln. Dies soll ein aktiver Beitrag einer örtlichen politischen Jugendbildung sein, die u. a. der Politikverdrossen-

heit junger Menschen entgegenwirkt und das politische Engagement Jugendlicher stärkt. Für die Konzeptentwicklung sind die Modelle und Erfahrungen anderer Städte mit ähnlichen Gremien auszuwerten.

Das Konzept muss die folgenden Inhalte und Regelungen verdeutlichen:

- Zielsetzungen und Aufgabenstellungen
- Zusammensetzung des Gremiums
- Status des Gremiums
- Geschäftsführung durch die Verwaltung
- Kosten für Organisation und Durchführung.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mit 24 zu 23 Stimmen bei einer Enthaltung **angenommen.**